

«Eine Frage der Menschlichkeit»

Gesundheitswesen In Bezug auf den Gesundheitsstandort Liechtenstein hat die Ärztekammer eine klare Haltung. Im Rahmen eines Seminars der UFL sprach deren Präsidentin am vergangenen Dienstag Klartext und forderte die Politik zum Handeln auf.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Der Vortrag von Ärztekammer-Präsidentin Ruth Kranz-Candrian fiel zugegebenermassen etwas länger aus, als es die Organisatoren der Privaten Universität im Fürstentum Liechtenstein vorgesehen hatten. Doch langweilig wurde es während der über einstündigen Präsentation zum Thema «Ambulante ärztliche Versorgung in Liechtenstein» keine Sekunde. Im Gegenteil: Denn Kranz-Candrian wagte nicht nur einen kritischen Rückblick in die Vergangenheit, sondern zeigte auch den Status Quo sowie dessen Schwachstellen und Optimierungspotenzial auf: Wünsche und Forderungen an die Politik inklusive. Übrigens in Anwesenheit von Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini.

Als das Vertrauen verloren ging

Den Unmut und das verloren gegangene Vertrauen der Ärzte in die Politik führt Kranz-Candrian auf mehrere Faktoren zurück: So sei der Labortarif im Jahr 2014 ohne vorherige Mitteilung um 33 Prozent gesenkt, dann sei der Tarmed inklusive Festlegung des Taxpunktewerts eingeführt worden. Der Staat habe die Kompetenzen der Tarifpartner an sich gezogen, eine Bedarfsplanung erlassen und hoheitliche Tarifeingriffe vorgenommen. Die Rahmenbedingungen würden letztlich zu Planungsunsicherheiten bei Praxisnachfolgen führen. Und junge aus der Region stammende Hausärzte würden nicht nach Liechtenstein zurückkehren, da



Die Ärzteschaft wünscht sich ein Umdenken in der Gesundheitspolitik sowie mehr Wertschätzung gegenüber Fachkräften. Bild: iStock

sie in der Schweiz die besseren Rahmenbedingungen vorfinden würden. Zu einem endgültigen Vertrauensbruch geführt hat wohl schliesslich das OKP-Debakel im Jahr 2016, als die Ärztekammer «eine staatlich diktierte medizinische Versorgung, in welcher der Patient nicht als Mensch, sondern als Kostenfaktor gesehen wird» nicht mittragen wollte und beschloss, nicht mehr in der OKP tätig zu sein.

Bedarfsplanung als «Hemmfaktor»

In der Zwischenzeit haben sich die Wogen wieder einigermassen

geglättet – doch von Zufriedenheit ist man sowohl auf Seiten der Ärzte wie auch der Politik nach wie vor weit entfernt, wie nicht zuletzt der aktuelle Streit rund um die Medicinova und das Landesspital zeigt. Und die Herausforderungen im Gesundheitsbereich werden nicht weniger, wie die Ärztekammer-Präsidentin am Dienstag in den Räumlichkeiten der UFL ausführte. Der demografische Wandel sowie der technische Fortschritt würden weitere Behandlungsfälle nach sich ziehen. Kosten und Prämien würden weitersteigen und es drohten sowohl quantitativ wie auch qualitativ ei-

ne Unterversorgung. Nachdem sich der Staat und die Krankenkassen auf Kosten der Bürger bereichert hätten, müsse zu einer adäquaten staatlichen Finanzierung zurückgekehrt werden, forderte Ruth Kranz-Candrian. Wirksame Präventionsarbeit müsse unterstützt und Doppelspurigkeiten mit Hilfe von eHealth vermieden werden. Damit eine Verbesserung erreicht werden könne, müssten Fachkräfte gezielt rekrutiert und die Rahmenbedingungen kontinuierlich angepasst werden. Erneut verwies sie auf die Bedarfsplanung als «Hemmfaktor». Ärzte müss-

ten künftig wieder besser planen können, was den Goodwill der Politik und eine gute Kommunikation untereinander voraussetze.

Franchise und Leistungsaufschub in Kritik

Der Graben zwischen jung und alt, arm und reich sowie krank und gesund wird laut der Ärztekammer-Präsidentin immer grösser. Zurückzuführen sei dies zum einen auf die hohe Kostenbeteiligung. Die Ärztekammer empfiehlt, diese zu senken und den Fokus auf den Selbstbehalt zu legen, denn die Franchise stelle für viele eine «Eintrittshürde» dar.

Heute würden sich die «Reichen» mit einer hohen Franchise günstige Prämien «kaufen». Und diejenigen, welche finanziell auf günstigere Prämien angewiesen seien, könnten sich diese nicht leisten. Mit der Möglichkeit der sogenannten Wahlfranchisen finde zudem eine Entsolidarisierung statt. Das müsse geändert werden.

Kritik übt die Ärztekammer auch am sogenannten Leistungsaufschub: Wer seine Krankenkassenprämie nicht bezahlt, kommt auf eine schwarze Liste und wird nur noch im Notfall behandelt. Dies führt laut Kranz-Candrian unter anderem dazu, dass sich Patienten nicht mehr behandeln lassen und noch höhere Folgekosten entstehen. Das Delkredererisiko müsse zudem künftig bei den Kassen angesiedelt werden und der Begriff «Notfallbehandlung» ausgedehnt werden.

Und noch einen Wunsch äussert die Präsidentin der Ärztekammer an die Politik: Eine grundlegende Revision der Invalidenversicherung.

«In welcher Gesellschaft wollen wir leben?»

Am Ende, und das ist für Ruth Kranz-Candrian ganz klar, «muss die Bevölkerung entscheiden, in welche Richtung sich das Gesundheitswesen entwickelt». Es sei eine Frage der Solidarität und der Menschlichkeit. So gelte es, die Frage zu klären, wie viel Sozialstaat gewünscht sei, wie hoch die Solidarität unter den Bürgern sei und wer welche und wie viele Leistungen erhalten solle und dürfe. «Kurzum: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?»

Naturparkprojekt Rätikon wird durchleuchtet und diskutiert

Abklärungen Liechtenstein, Prättigau und Vorarlberg beschäftigen sich mit der Idee eines Internationalen Naturparks Rätikon. Eine in allen drei Regionen durchgeführte Machbarkeitsstudie soll nun die diversen Aspekte eines solchen Projekts detailliert aufzeigen.

Nicht nur der Rhein ist ein Natur-Element, das die Länder Liechtenstein, Schweiz und Österreich miteinander verbindet. Auch der Rätikon, eine Gebirgsgruppe im östlichen Teil der Alpen, darf das für sich reklamieren. Als gemeinsamer Natur-, Kultur und Wirtschaftsraum rückt er seit geraumer Zeit verstärkt in den Fokus Liechtensteins, Graubündens und Vorarlbergs.

Den entscheidenden Impuls hierfür setzte die Regionalentwicklung Prättigau/Davos. Im Bemühen um eine bessere Nutzung der Potenziale des kultur- und naturnahen Tourismus im Rätikon habe sie zunächst die Idee eines regionalen Naturparks aufgegriffen, erklärte Liechtensteins Vize-Regierungschef Daniel Risch am Mittwoch gegenüber den Medien. Der Einbezug des Landes Liechtenstein und des Bundeslandes Vorarlberg lag daraufhin nahe. Und aus der Idee eines regionalen wurde die Idee eines internationalen Naturparks Rätikon.

Unter einem Naturpark ist kein von menschlichen Eingriffen abgeschirmtes Schutzgebiet zu verstehen, wie es etwa ein Nationalpark darstellt. Naturparks setzen sich laut Risch vielmehr für

«eine Aufwertung von vorhandenen Kultur- und Naturwerten» ein und dienen als Instrument für eine «nachhaltige regionale Entwicklung», von der nicht zuletzt Tourismus, Landwirtschaft, Kultur und Gewerbe profitieren sollen. Auch Christoph Beck betont, dass Sorgen um die bestehende Infrastruktur im Falle einer Realisierung eines Naturparks völlig unbegründet wären. «Es würden keine Seilbahnen abgebaut. Einer Weiterentwicklung des Gebiets stünde nichts im Weg. Im Grundsatz geht es letztlich um eine gemeinsame Vermarktung der Region.»

Liechtensteiner Kerngruppe bestellt

Der Triesenberger Vorsteher bildet zusammen mit seinem Schaaner Amtskollegen Daniel Hilti, Cathérine Frick (Amt für Umwelt), Margarethe Hoch (Amt für Volkswirtschaft) und Michelle Kranz (Liechtenstein Marketing) die Kerngruppe, welche die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie für Liechtenstein begleitet. Allein schon diese Zusammensetzung zeigt auf, dass die Idee auf Landes- wie auf Gemeindeebene auf Interesse stösst. Bis Sommer 2019 soll die Analyse abgeschlossen



Stefan Forster (ZHAW), Vize-Regierungschef Daniel Risch und Triesenbergs Vorsteher Christoph Beck. Bild: Tatjana Schnalzer

sein. Parallel dazu werden im Prättigau und in Vorarlberg die gleichen Abklärungen getroffen. Die Gesamtleitung des Studienprojekts hat Stefan Forster von der Forschungsgruppe Tourismus und Nachhaltige Entwicklung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) inne.

Im Rahmen der Machbarkeitsstudien in allen drei Teilregionen sollen in einem techni-

schen Teil diverse Aspekte eines Naturparkprojekts Rätikon abgeklopft werden: Rechtliche Grundlagen, die ökonomische, ökologische und soziokulturelle Ausgangslage, Chancen und Risiken, Finanzierung und Betreibung, Vereinbarkeit mit bestehenden Entwicklungsstrategien oder auch die gesellschaftliche Akzeptanz. Um gerade den letzten Punkt zu honorieren, ist als ein zweiter Teil der Machbarkeits-

studie der gezielte Einbezug der Menschen angedacht. Mittels zweier öffentlicher Workshops, einem Fragebogen sowie einem Informationsanlass für verschiedene Anspruchsgruppen sollen Ideen und Meinungen abgeholt werden und im abschliessenden Bericht entsprechend Berücksichtigung finden. Der Bericht wiederum dient dann als Grundlage, um über eine Umsetzung des Projekts zu entscheiden.

Forster sieht «gute Voraussetzungen»

Die Voraussetzungen für einen Internationalen Naturpark Rätikon erachtet Projektleiter Stefan Forster schon mal als «gut». Der Rätikon sei der gemeinsame «Hausberg» der Teilregionen und definiere einen gemeinsamen Kulturraum, betont er. Hinzu kommen in seinen Augen Wirtschaftszweige, in denen längst viele Weichen im Sinne des Naturparkprojekts gestellt worden sind. Der Tourismus, so Forster, habe sich in allen Rätikon-Regionen «naturparknah» positioniert, Landwirtschaft und Gewerbe zeichneten sich durch einen starken regionalen Bezug aus.

Anschaunungsbeispiele, wie ein Naturpark Rätikon letztlich

umgesetzt werden könnte, gibt es in den Nachbarländern zur Genüge. Allein in Österreich existieren gegenwärtig 47 Naturparks, in der Schweiz sind es 17.

Oliver Beck
obeck@medienhaus.li

Die Rätikon-Gemeinden

Liechtenstein: Balzers, Eschen, Gamprin, Mauren, Planken, Ruggell, Schaan, Schellenberg, Triesen, Triesenberg, Vaduz.

Schweiz: Seewis im Prättigau, Grösch, Schiers, Luzein, Küblis, Furna, Jenaz, Fideris, Klosters-Serneus.

Österreich: St. Gallenkirch, Tschagguns, Vandans, Brand, Bürs, Bürserberg, Frastanz.

Öffentlicher Workshop

Der erste von zwei öffentlichen Workshops in Liechtenstein findet am 26. Juni, von 18 bis 21 Uhr, im Triesenberger Theodulsaal statt. Der Anlass gliedert sich in einen Informationsteil und eine Diskussion über Chancen und Risiken. Anmeldungen an simone.gruber@zhaw.ch.